

## **Bericht**

### **des Ausschusses für Infrastruktur**

**betreffend die Genehmigung einer zusätzlichen Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH in Folge einer Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 26. März 2020 betreffend der Beschaffung von 20 normalspurigen Schienenfahrzeugen zur Sicherstellung des Betriebs auf der Lokalbahn Lambach - Vorchdorf-Eggenberg und der Linzer Lokalbahn**

[L-2019-455648/10-XXIX,  
miterledigt [Beilage 14/2021](#)]

Der Oö. Landtag genehmigte am 30. Jänner 2020 in der [Beilage 1284/2020](#), XXVIII. GP, die aus dem Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der Schiene OÖ GmbH resultierende Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich betreffend die Beschaffung von 20 normalspurigen Schienenfahrzeugen zur Sicherstellung des Betriebs auf der Lokalbahn Lambach - Vorchdorf-Eggenberg und der Linzer Lokalbahn in Höhe von maximal 90.000.000,00 Euro in den Jahren 2025 - 2049. Weiters genehmigte der Oö. Landtag Finanzierungskosten in der Höhe von 5.803.000,00 Euro im Zeitraum 2021 - 2049 und ermächtigte die Oö. Landesregierung zudem für eine von der Schiene OÖ GmbH aufzunehmende Zwischenfinanzierung eine Haftung in Form einer Garantie in der Höhe von 90.000.000,00 Euro mit einer Laufzeit bis längstens bis 31. Dezember 2049 zu übernehmen.

Bezüglich der für die Beschaffung der Schienenfahrzeuge benötigten Mittel haben sich mittlerweile Veränderungen ergeben und stellt sich die Situation zum Zeitpunkt Oktober 2021 derart dar, dass die im Jahr 2019 erwarteten Preise für die Fahrzeuge aus den folgenden Gründen nicht gehalten werden:

- Bedingt durch die Corona-Pandemie kam es zu massiven Preissteigerungen vor allem am Materialsektor, die sich auf die Preise der Fahrzeuge auswirken.
- Durch Ausscheiden einer Region und Verschiebungen von fixen auf optionale Bestellungen ist die vorgesehene Anzahl an fix bestellten Fahrzeugen von rund 350 Fahrzeugen auf rund 250 Fahrzeuge zurückgegangen.
- Der Einbau des konkret benötigten speziellen Zugsicherungssystems hat höhere Kosten verursacht, als das ursprünglich zur Abschätzung der Kosten herangezogene standardisierte Zugsicherungssystem.
- Bei der Abschätzung der Kosten wurde ursprünglich von Fixpreisen ausgegangen. Auf Grund der krisenbedingten Unsicherheiten waren die Bieter nicht bereit, sich auf Fixpreise

einzulassen und haben eine Indexregelung verlangt. Das hat zur Folge, dass bei den Beschaffungskosten ab 2023 eine ausreichende Teuerung eingerechnet werden muss, die in der Höhe von jährlich 2,5 % angenommen wurde.

- Gegenüber der Kostenschätzung aus dem Jahr 2019 ergibt sich hieraus in Summe ein Mehraufwand in Höhe von 15.405.000,00 Euro für Investitionen sowie in Höhe von 2.176.000,00 Euro für zusätzlich anfallende Zinsen (insgesamt sohin 17.581.000,00 Euro). Dieser Mehraufwand fällt gegenüber der bestehenden Mehrjahresverpflichtung zeitlich wie folgt an:

<b>Jahr</b>	<b>Zusätzliche Zahlungen für Zinsen</b>	<b>Zusätzliche Zahlungen für Investitionen</b>
2021	-5.000	0
2022	-5.000	0
2023	-10.000	0
2024	80.000	0
2025	288.000	-450.000
2026	358.000	231.000
2027	290.000	231.000
2028	231.000	424.000
2029	172.000	1.143.000
2030	121.000	770.000
2031 - 2049	656.000	13.056.000
Summe	2.176.000	15.405.000

Die zur Optimierung der Finanzierungskosten benötigte Haftung in Form einer Garantie des Landes OÖ gegenüber der Schiene OÖ GmbH ist auf Grund der durch die zuvor beschriebenen Mehraufwände verursachte Anhebung des Höchststandes an langfristigen Verbindlichkeiten von 90.000.000,00 Mio. auf 92.100.000,00 Euro zu erhöhen.

Insgesamt ergeben sich durch diesen Antrag gegenüber der am 30. Jänner 2020 in der [Beilage 1284/2020](#), XXVIII. GP, folgende Änderungen:

	<b>Ltgs.-Beilage 1284/2020 (alt)</b>	<b>Zusatzvereinbarung (neu)</b>	<b>Gesamt (neu)</b>
<b>Investitionen</b>	90.000.000 Euro	15.405.000 Euro	105.405.000 Euro
<b>Zinsaufwand</b>	5.803.000 Euro	2.176.000 Euro	7.979.000 Euro
<b>Garantie (zzgl. Zinsen)</b>	90.000.000 Euro	2.100.000 Euro	92.100.000 Euro

Die Bereitstellung der Mittel durch das Land OÖ an die Schiene OÖ GmbH ist in einer Zusatzvereinbarung zu regeln. Unter Bedachtnahme auf die Mehrjährigkeit der vom Land Oberösterreich damit einzugehenden Verpflichtung bedarf es der Genehmigung durch den Oö. Landtag.

**Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die Mehrjahresverpflichtung des Landes OÖ gegenüber der Schiene OÖ GmbH in Folge einer Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 26. März 2020 betreffend der Beschaffung von 20 normalspurigen Schienenfahrzeugen zur Sicherstellung des Betriebs auf der Lokalbahn Lambach - Vorchdorf-Eggenberg und der Linzer Lokalbahn im Zeitraum 2025 bis einschließlich 2049 im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.**

Linz, am 1. Dezember 2021

**Peter Handlos**  
Obmann

**David Schießl**  
Berichterstatter